

GESELLSCHAFT

Konflikt zwischen Regierung und Energiemonopolen verschärft sich

Seit ihrem Antritt geriet die Regierung in einen Konflikt mit Unternehmen im Bereich Netzwerke mit marktbeherrschender Position. Das Kabinett drängt seit seiner Amtseinführung nach den Wahlen im Juni die Energiebetriebe, die Preise zu senken. Ambition des Wirtschaftsministers Ľubomír Jahnátek war eine Energiepreissenkung um etwa 5%. Unter Druck geriet auch die Netzregulierungsbehörde (ÚRSO), welche die technische und preisliche Regulierung in diesem Wirtschaftszweig wahrnimmt. Die dominanten Energieunternehmen gingen aber auf die Forderungen der Regierung nicht ein, im Gegenteil, sie wollen die Preise erhöhen:

- Slovenský plynárenský priemysel (Slowakische Gasindustrie, SPP) verteuert Gas für Haushalte ab November um 4,26 Prozent
- die ÚRSO-Behörde genehmigte einigen Wärmelieferanten eine Preiserhöhung um fünf bis sechs Prozent ab Oktober.

Diese Ereignisse haben die Regierung noch mehr irritiert. Premier Robert Fico bezichtigte die ausländischen Monopolbesitzer, einen „Krieg gegen die Regierung“ führen zu wollen und erklärte die Bereitschaft der Regierung, auch scharfe Duelle einzugehen: Er erklärte, er lehne es ab, Premierminister einer Regierung zu sein, „mit der die Monopole umspringen werden, besonders fremde Firmen, die billig zu diesem Eigentum kamen und nur deshalb, weil Dzurindas Regierung im Ausland ein gutes Bild abgeben wollte“.

Viele Vertreter der Industrie – Großabnehmer von Energien, heißen sicherlich die Vorgangsweise der Regierung gegenüber den Energiemonopolen willkommen. Die Opposition kritisierte im Gegenteil den Druck auf die Regulierungsbehörde. Die jetzige Opposition setzte nämlich während ihrer Regierungsbeteiligung das jetzige, auf dem von der Regierung unabhängigen ÚRSO basierende Regulierungsmodell durch. Die Vertreter der Opposition wollen jedoch auf keinen Fall zugeben, dass die Regulierung vielerlei Zweifel (schon seit längerem) hervorruft.

Die Regierung erwägt zurzeit folgende Maßnahmen:

- 1) Die Regierung möchte ein härteres Regulierungsgesetz gegen Energiebetriebe. Die ÚRSO-Behörde sollte bei der Entscheidungsfindung über Forderungen marktbeherrschender Energieunternehmen nach Preissteigerungen größere Kompetenzen haben. Daher möchte die Regierung im Parlament eine Gesetzesnovelle durchsetzen, die die Tätigkeit der Regulierungsbehörde regelt. „Wir wollen die Regulierungsbehörde nicht besetzen und auch keine Entscheidungen gegen ihre Unabhängigkeit tätigen. Wir wollen, dass sie stärker wird und viel stärker auf Monopole einwirken kann“, erklärte der Premier.
- 2) Der Regierungschef drohte erneut mit einer selektiven Besteuerung von Unternehmen mit dominanter Stellung. Diese Überlegung wurde laut des Premiers durch das Verhalten von SPP bei Verhandlungen über Preissteigerungen von Gas provoziert. Laut des Premiers gibt es keine Gründe für eine Gaspreissteigerung zum Novembertermin. Er hat eher das Gefühl, es ginge um eine politische Geste. (R. Fico: „Jemand wollte dieser Regierung klar machen – wir werden mit ihnen ohnehin machen, was wir wollen“). SPP beharrt weiterhin darauf, die Gaspreise für Haushalte angehoben haben zu müssen. Der Grund dafür soll sein, dass nach den heurigen Rekordpreisen für Erdöl der Verkauf von Gas an Haushalte ein Verlustgeschäft geworden wäre und es zu unerlaubten Kreuzsubventionen gekommen wäre.

ÜBERSICHT

GESELLSCHAFT

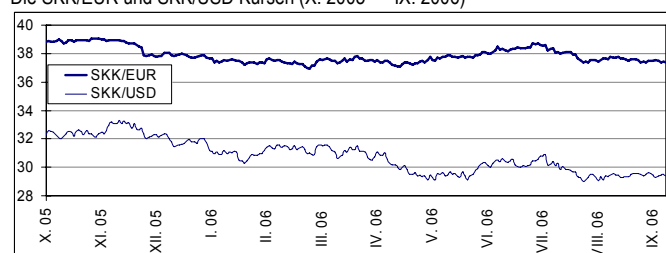
Konflikt zwischen Regierung und Energiemonopolen verschärft sich.....	1
Spannungen ums Spezialgericht.....	2
Kenntnisgesellschaft auf leeres Schlagwort reduziert.....	2
Robert Fico festigte seine Position in der Partei.....	2
Besorgnis über Schicksal des Schengensystems.....	2

WIRTSCHAFT

Besonders gute Proportionen des Wirtschaftswachstums.....	3
Die Politik der NBS wird zusehends restriktiver.....	3
Premierminister mit Währungspolitik unzufrieden.....	3
Steueränderungen nehmen deutlichere Konturen an.....	3
Slowakei bietet beste Unternehmensbedingungen in V4 Gruppe.....	4
Im Jahr 2006 kamen mehrere Auslandsinvestitionen in IT-Dienstleistungen.....	4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (X. 2005 – IX. 2006)



Quelle: NBS

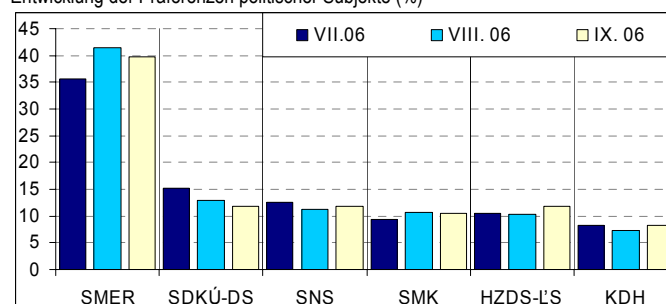
	2002	2003	2004	2005	2006*	2007*
BIP-Wachstumstempo**	4,4	4,2	5,5	6,1	6,5*	7,0*
Inflation (CPI)	3,3	8,5	7,5	2,7	4,2*	3,3*
Arbeitslosigkeit***	18,5	17,4	18,1	16,2	14,0*	13,5*
Ausland. Invest. (mill.USD)	3965	870	800	1700*	1600*	900*
SKK/USD	45,3	36,8	32,3	31,0	30,6*	30,2*
SKK/EUR	42,7	41,5	40,0	38,6	37,5*	36,5*

* die M.E.S.A.10 Vorhersage; **Die Daten revidiert nach ESA95

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikan der Slowakischen Republik

GESELLSCHAFT

In der zugespitzten Atmosphäre der Anspannung zwischen Regierung und Monopolen der Energiewirtschaft droht die Annahme von Maßnahmen, welche die Wirtschaftsumgebung verzerren würden. Daher sollte die Regierung einige Prinzipien im Auge behalten:

- Der Premierminister und die Regierung sollten nicht die Rolle des Rächers einnehmen. Die Regulierung hat ihre offensichtlichen Nachteile die zu korrigieren sind, repressive Einwirkung ist zu vermeiden. Der Premier versprach seinen Wählern günstigere Energiepreise, diese sollte er aber nicht durch Drohungen und aggressive Einstellung durchsetzen.
- Eine selektive Steuer ist kein standardmäßiges Instrument. Die Regierung sollte eher ihre Kräfte für die Schaffung einer Konkurrenzumgebung durch Diversifizierung von Energiequellen konzentrieren.
- Selektive Besteuerung bedeutet nicht billigere Energie.
- Die Regierung hindert nichts daran, die Gewinne vom Mitbesitz der Energiemonopole zur Mäßigung der Auswirkungen von Energiepreissteigerungen auf sozial schwache Familien zu verwenden.
- Die Regierung sollte sich nicht zur Preisdeformationen bewegen lassen. Wenn die Preise der Energie nicht deren Kostbarkeit widerspiegeln, kommt es zur Verzerrung der Wirtschaftsstruktur. Damit hatte die slowakische Wirtschaft ihre negativen Erfahrungen bereits gehabt.

Spannungen ums Spezialgericht

Seit dem Antritt der neuen Regierung eskalieren Spannungen rund um die Spezialstaatsanwaltschaft und das Spezialgericht – Organe, die sich äußerst schwerwiegenden Fällen der Korruption oder des organisierten Verbrechens befassen sollen. Diese Organe entstanden in der vergangenen Legislaturperiode nach umfassender Diskussion und der Sinn ihres Bestehens war die Durchtrennung des regionalen Beziehungsgeflechts bei Beurteilung schwerer Verbrechen organisierter Gruppen.

Einen äußerst kritischen Standpunkt zur Existenz dieser Spezialorgane präsentiert Justizminister Štefan Harabin (eine auch sonst ziemlich umstrittene Gestalt, die mit undurchsichtigen Elementen während seiner Leitung des Obersten Gerichtes in der Vergangenheit oder unbegründeten Amtsenthebungen von Richtern nach seinem Amtsantritt verbunden wird). Harabin hält das Spezialgericht für eine verfassungswidrige Institution, die die Justizumgebung deformiert. Harabin sieht keinen Grund dafür, dass der Staat für den Kampf mit dem Verbrechen spezielle Institutionen errichtet. Diese seien seiner Ansicht nach eine Gefährdung für die unabhängige Justiz. „Hier wird eine gewisse Gruppe von Richtern gegenüber den anderen durch abnormale Gehälter, Karrierebedingte Korruption und sonstige materielle und Gehaltskorruption bevorzugt, das ist eine systematische, raffinierte Korruption vonseiten des Staates,“ führte er aus. Harabin betonte, dass über tatsächlich gefährliche Fälle – Drogenhändler, Mafiamörder, Wucherer oder Schlepper Richter an Bezirks- oder Landesgerichten ohne Schutz und ohne Aufschläge entscheiden. Der Minister möchte sich nach

seinen Worten auf die Gesundung des Justizsystems als solchen konzentrieren.

Die frühere Justizministerin und Abgeordnete der SDKÚ Lucia Žitňanská hält die Abschaffung von Institutionen, die bei Bürgern eine Atmosphäre des Vertrauens schaffen für ein Wagnis – für solche hält sie auch das Spezialgericht und die Spezialstaatsanwaltschaft. Das Spezialgericht und die Spezialstaatsanwaltschaft entstanden ihrer Meinung nach nicht als einzige Instrumente des Kampfes gegen Korruption oder organisiertes Verbrechen aber als eine von vielen systematischen Maßnahmen auf allen Ebenen des Staates einschließlich des Gerichtswesens, damit gesetzwidrige Taten in realer Zeit enthüllt und deren Täter auch verurteilt werden. Laut ihrer Meinung wird die Slowakei das Spezialgericht und die Spezialstaatsanwaltschaft vielleicht in 10 Jahren nicht brauchen, die Abschaffung dieser Institutionen hält sie aber jetzt für vorzeitig. Zugleich stimmt Žitňanská einer Diskussion über die Befugnisse des Spezialgerichtes zu. Das Spezialgericht trug erheblich dazu bei, dass die Empfindlichkeit der Öffentlichkeit gegenüber Korruptionsfällen angestiegen ist und dass sich Bürger mit mehr Vertrauen an die Polizei bei ihrer Enthüllung wenden.

Der Streit um das Spezialgericht ist aber nicht nur Sache beider genannten Personen. Allmählich haben sich hier drei Lager gebildet: Auf einer Seite gibt es die Vertreter der Regierungsparteien HZDS und SNS, die die Abschaffung des Gerichts bejahen, auf der anderen die Repräsentanten politischer Opposition und einiger Bürgervereinigungen, die für sein Weiterbestehen kämpfen. Zwischen diesen existiert eine dritte Gruppe (darunter auch die politische Partei Smer), die für eine Umbewertung der Befugnisse dieser Institution eintritt. Der Streit ist umso komplizierter und politisierter, als dieser von politischen Parteien (HZDS, SNS) initiiert wurde, die in der Vergangenheit versuchten, das Funktionieren der Staatsorgane „dem eigenen Bild“ anzupassen.

Kenntnisgesellschaft auf leeres Schlagwort reduziert

Zurzeit erfolgt eine erhebliche Reduktion von Mitteln der Europäischen Union, die zum Aufbau der Kenntnisgesellschaft verwendet werden sollen. Diese Umbewertung findet im Prozess der neuen Formulierung von Prioritäten des Nationalen strategischen Referenzrahmens statt. Die Regierung ist mit der im ursprünglich vorbereiteten Nationalen strategischen Referenzrahmen vorgeschlagenen Prioritätsgewichtung unter der vorherigen Exekutive, nicht zufrieden. Sie beschloss, die Bedeutung einzelner Prioritäten abzuändern.

Die Reduktion von Mitteln für das Operationsprogramm „Forschung und Entwicklung“ und die Streichung des Operationsprogramms „Bildungsinfrastruktur“ ist ein ernster Eingriff in die Struktur der Prioritäten.

Statt dessen werden Ausgaben zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur oder der Umwelt zusätzlich gesteigert. Die Regierung (die jetzige auch frühere) deklarierte eine wesentliche Stärkung der Forschung und Entwicklung sowie aller zum Aufbau einer Kenntnisgesellschaft notwendigen Faktoren. In der jetzigen Regierungserklärung wird diese für eine der wichtigsten Prioritäten gehalten (Solidarität und Kenntnisgesellschaft). In der praktischen Politik werden diese Versprechungen aber nicht erfüllt. Die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit und Verbesserung der globalen Position der Slowakei in den künftigen Jahrzehnten ist jedoch ohne wesentliche Förderung der Forschung und Bildung nicht möglich. Es droht somit eine Reduktion der „Kenntnisgesellschaft“ bzw. „Kenntniswirtschaft“ auf ein leeres Schlagwort.

Robert Fico festigte seine Position in der Partei

Robert Fico verteidigte problemlos seinen Posten des Parteivorsitzenden von Smer – Sociálna demokracia (Smer – Sozialdemokratie). Von Delegierten des Parteitags wurde er zum Vorsitzenden für die kommenden vier Jahre gewählt. Auf dem Parteitag stellte Fico fest, dass es in der Slowakei nach den Parlamentswahlen „zu einem offensichtlichen Versuch kam, nicht nur Smer-SD, sondern die gesamte Regierung nicht auf internationalem Parteiniveau, sondern in internationalen und zwischenstaatlichen Beziehungen zu isolieren“. Die Regierung hat seiner Meinung nach diesen Versuch um eine internationale Isolierung verhindert. Das Problem besteht seiner Ansicht nach nicht darin, dass Smer-SD eine Regierung mit Parteien mit schlechtem internationalen Ruf (LS-HZDS und SNS) bildete, sondern darin, dass die jetzigen Oppositionsparteien um eine internationale Isolierung der Regierung bemüht sind. (Diese Rhetorik erinnert stark an die Zeiten der Regierung Vladimír Mečiar aus der zweiten Hälfte der 90er Jahre).

Fico gibt das andauernde Problem von Smer-SD mit der Position in der Partei europäischer Sozialisten zu. Er sieht jedoch keinen Grund für jegliche Bestrafung von Smer-SD für die Zusammenstellung der Regierung. Kritikern in internationalen Organisationen empfahl er, die realen Schritte der Regierung zu bewerten, die sich angeblich konsequent an ihre sozialdemokratische Regierungserklärung hält. Smer-SD bekenne sich laut Fico zu allen Werten der Sozialistischen Internationale. Fico bestätigte gleichzeitig die Verpflichtung, die Maastrichtkriterien einzuhalten. Die Regierung werde laut ihm keine Schritte unternehmen, die das Vorhaben, den Euro ab 2009 in der Slowakei einzuführen, schädigen würden.

Besorgnis über Schicksal des Schengensystems

Die Slowakei unterstützt die Suche nach einer alternativen Lösung des Beitritts zum Schengenraum, so damit das Land im ursprünglich geplanten Termin – Oktober 2007 der grenzenlosen EU-Zone beitrifft. Laut Innenministerium ist die Slowakei für den Beitritt im geplanten Termin bereit, auch laut des internen Bewertungsberichts der Europäischen Kommission gehört die Slowakei zu den auf den Beitritt zu Schengen vorbereiteten Ländern. In den kommenden

Wochen erfolgt in der Slowakei die letzte und wichtigste Kontrolle des Schutzes der Außengrenze zu Lande.

Laut ursprünglicher Pläne hätten die neuen Mitgliedsländer im Oktober des nächsten Jahres der grenzenlosen Zone beitreten sollen. Die Europäische Kommission behauptet aber, dass die mit der Einführung des neuen Informationssystems SIS II verbundene technische Ausstattung nicht betriebsbereit sei und bereitet die Länder auf einen Aufschub des Beitritts bis auf 2009 vor.

Es wurden aber auch viele alternative Erklärungen eines möglichen Aufschubs des Beitritts zum Schengensystem laut: Das Brüsseler Wochenblatt

European Voice schrieb von Verzögerungen bei der Arbeit der bewertenden Fachleute und der Schuld Frankreichs an der Verzögerung bei Errichtung der Schengenagentur in Straßburg; finnische Vertreter sprachen von einer politischen und nicht einer technischen Barriere. Jedenfalls sollte man sich auf eine Welle des Unwillens der neuen Mitgliedsländer vorbereiten.

Premierminister der SR Robert Fico besteht darauf, dass die Grenzen zwischen den neuen und alten Unionsmitgliedern 2007 abgeschafft werden, so wie es geplant war. Fico ergänzte, er sehe keinen Grund dafür, dass „ein Franzose ohne weiteres nach Deutschland fährt und ein

Slowake auf der Grenze nach Österreich perlustriert wird“. Auf dem Treffen mit dem italienischen Premier Romano Prodi kamen sie überein, dass sich die neuen Mitgliedsstaaten an das Schengener Informationssystem I anschließen könnten, an welchen die alten Mitglieder angeschlossen sind (auf den Start des Schengener Informationssystems II zu warten, das noch nicht bereit ist, wäre ein Risiko). Prodi erklärte die Bereitschaft Italiens, die Frage des Beitritts neuer Mitgliedsländer zum Schengener Informationssystem so schnell wie möglich abzuschließen. Sollten die technischen Angelegenheiten nicht bewältigt sein, sei Italien zumindest für eine Übergangslösung.

WIRTSCHAFT

Besonders gute Proportionen des Wirtschaftswachstums

Die weitere Beschleunigung des BIP-Wachstums bis auf 6,7%, ein Rekordanstieg der Beschäftigung und ein Rückgang der Arbeitslosenrate auf ein siebenjähriges Minimum – das sind makroökonomische Angaben des zweiten Quartals 2006 (des Letzten der zurückgetretenen Regierungsgarnitur).

Mittelfristig kam es zwar zu keinem Rekordwert beim BIP-Wachstum, immerhin wurde ein Rekord beim Anstieg des Bruttomehrwerts (Hauptbestandteil des BIP) auf 8,8% in fixen Preisen verzeichnet. Es ist gerade das Wachstum des Bruttomehrwerts, das statistisch im Wesentlichen mit dem Beschäftigungswachstum zusammenhängt. Der Anstieg der Beschäftigtenanzahl um 4,5% im zweiten Quartal übertrifft alles, was wir bisher auf dem Arbeitsmarkt der SR beobachten konnten. Auch dank dessen konnte die durch Auswählerhebung von Arbeitskräften ermittelte Arbeitslosenrate auf 13,5% sinken, das ist um 2,7 Prozentpunkte weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Jahres 2005.

Die Struktur des BIP-Wachstums im ersten Halbjahr (und vor allem im zweiten Quartal) ist günstig und bemerkenswert ausgewogen. Außer der erwähnten günstigen Entwicklung des Bruttomehrwerts sind weitere Nachweise für diese Behauptung zu nennen:

- Das Wachstum ist auf den Anstieg heimischer Nachfrage und den verbesserten Nettoexport (Export minus Import von Waren und Leistungen) gestützt,
- Das BIP-Wachstum wird durch den Verbrauch sowie Investitionsausgaben angetrieben. In der Struktur heimischer Nachfrage ist ein starkes Wachstum des Haushaltsverbrauchs offensichtlich (6,1% in fixen Preisen im zweiten Quartal) sowie ein Anstieg der Bildung fixen Bruttokapitals (10,8%).

Das jetzige Wachstum ist keineswegs eine Funktion kurzfristiger Regierungsmaßnahmen für das Wachstum und die Änderung der Politik (sofern sie nicht extrem ist) hat keinen unmittelbaren Einfluss auf die Wachstumsdynamik. Obwohl es sich um die Schlusphase der vorherigen Regierung handelte, sind die makroökonomischen Parameter nicht durch die für die letzte Phase des politischen Zyklus charakteristischen Merkmale der Beeinflussung gekennzeichnet.

Die Politik der NBS wird zusehends restriktiver

Seit Februar erhöht die Nationalbank wiederholt ihren Leitzinssatz. Die letzte Erhöhung betrug 25 basische Punkte (auf 4,75%), wobei weitere Steuerungen nicht auszuschließen sind. Grund dieser Vorgangsweise ist das Bestreben, Inflationsimpulse zu minimieren, Geld „teurer“ zu machen und damit das Anwachsen der Nachfrage in der Wirtschaft zu dämpfen. Trotz der diesjährigen Erhöhung der Zinssätze kumulativ um 175 basische Punkte erwartet die NBS, dass die zwischenjährige Inflationsrate am Jahresende 3,9% betragen wird, wesentlich über jenem zur Erfüllung des Inflationskriteriums erforderlichen Wert. 2006 muss die Slowakei das Inflationskriterium jedoch noch nicht erfüllen. Die Wiederholung eines ähnlichen Szenarios in den kommenden zwei Jahren würde jedoch eine Nichterfüllung des Maastrichter Inflationskriteriums bedeuten und eine Annahme des Euro im Jahr 2009 unmöglich machen.

Premierminister mit Währungspolitik unzufrieden

Premier Robert Fico meint, dass die Übernahme des Euro eher durch die hohe Inflation und nicht durch das Defizit öffentlicher Finanzen verhindert werden kann. Während seines Polenbesuchs kritisierte er die Politik der Nationalbank NBS sowie jene der EU-Organe. An der Politik der NBS setzte der Premier ihren möglichen Einfluss auf die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums aus (NBS erhöht die Zinssätze, um die Inflation zu dämpfen, mit möglicher negativer Auswirkung auf das Wirtschaftswachstum). Dabei muss laut Fico die Slowakei ein stärkeres Wachstum als jenes der Wirtschaft in den westlichen Ländern haben, um das Lebensniveau entwickelter Länder einholen zu können. (Die jetzige Erhöhung der Zinssätze wird wohl keinen dramatischen Einfluss auf das Wachstumstempo des BIP haben – Bem. des Autors).

Die Kritik der EU Organe beruhte darin, dass die alten Mitgliedsländer die Grenzwerte der Defizite öffentlicher Finanzen nicht einhielten und dies toleriert werde, bei den Neuen jedoch nicht. Daher sei laut Fico die Forderung nach Einhaltung eines Budgetdefizits auf einem Niveau von maximal 3% des BIP nicht fair.

Nach Ansicht des Premiers sei der Aufbau eines „Sozialstaates“ bei Einhaltung des Budgetdefizits unter 3% des BIP für die jetzige Regierung die größte Herausforderung. Er fügte hinzu, dass das Bestreben der Regierung Ausgaben zu kürzen vergeblich sein könnten, da die Pläne zur Übernahme des Euro im Jahr 2009 letztendlich durch die Inflation zunichte gemacht werden können.

Die Worte des Premiers lassen zwei Verdachtsmomente aufkommen:

(1) Unter Wirtschaftsanalysten wurde bereits seit längerem erwartet, dass die Regierung die Erfüllbarkeit oder Sinnhaftigkeit der Maastrichter Kriterien anzweifeln werde. Sollte es dem Premier gelingen, eine Erwartung hervorzuheben, wonach die Slowakei infolge hoher Inflation im Jahr 2009 den Euro nicht einführen kann, hätte es seiner Meinung nach keinen Sinn, das Defizitkriterium öffentlicher Finanzen einzuhalten. Das würde der Regierung die Hände frei machen.

(2) Es ist möglich, dass sich der Premier bemühen wird, die NBS für einen Misserfolg bei der Übernahme des Euro im geplanten Termin als Schuldigen zu bezeichnen (die die Inflation nicht „zähmen“ konnte). Bisher scheint es wahrscheinlich, dass das Szenario, wonach „jemand anders – z.B. die NBS“ einen Misserfolg bei der Erfüllung der Maastrichtkriterien verzeichnen würde. Die Regierung könnte weiter den Standpunkt vertreten, die Einführung des Euro innerhalb des ursprünglichen Termins gewünscht zu haben. Ein „Fehler eines anderen“ würde der Regierung gleichzeitig die Tür für die Umsetzung ihrer kontroversen Vorhaben öffnen, da sie die Kriterien für das Defizit öffentlicher Finanzen umgehen könnte.

Steueränderungen nehmen deutlichere Konturen an

Nach einigen Monaten von Diskussionen über die Form von Änderungen der Einkommenssteuer natürlicher Personen zeichnet sich ein wahrscheinliches Ergebnis ab: Eine höhere Besteuerung als derzeit sollte jene natürlichen Personen betreffen, deren jährliche Steuerbemessungsgrundlage etwa eine halbe Million Sk übersteigt. Ab dieser Grenze beginnt der Steuerfreibetrag zu sinken. Der Steuersatz bleibt dabei auf heutigem Niveau von 19% erhalten.

Der von der Regierung (noch nicht vom Parlament) verabschiedete Gesetzentwurf über die Einkommenssteuer rechnet damit, dass der Steuerfreibetrag der Gewerbetreibenden bei jährlicher Besteuerungsgrundlage eines 100-fachen des Lebensminimums (das Lebensminimum beträgt momentan 4980 Sk) sinken wird. Im kommenden Jahr werden also Gewerbetreibende ein höheres Maß effektiver Besteuerung erfahren, sollte ihre Steuerbasis 498 000 Sk überschreiten. Angestellte sollten mehr besteuert werden, falls sie nach Abzug der Versicherungsabgaben über 41 500 Sk monatlich verdienen. Das gleicht einem Bruttomonatslohn von etwa 47 600 Sk. Keinen Anspruch auf einen Steuerfreibetrag sollten Personen haben, die monatlich mehr als 80 000 Sk Brutto verdienen. Monatlich sollten sie also um ca. 1,5 tausend Sk an Einkommenssteuern mehr zahlen.

Die vorgeschlagene Novelle der Einkommenssteuer, die dem Nationalrat der SR zugesandt wurde, streicht die Möglichkeit einer 60%-igen Ausgabenpauschale bei Handwerkern und reduziert die genannte Pauschale auf 40%, so wie bei allen anderen selbstständig Erwerbstätigen. Rechtspersonen könnten ab dem kommenden Jahr lediglich 0,5% ihrer bezahlten Einkommenssteuer an ausgewählte gemeinnützige Organisationen überweisen, das Finanzressort schlug dabei vor, die Möglichkeit einer Überweisung von 2% der Steuern von Rechtspersonen an gemeinnützige Organisationen völlig abzuschaffen, was von mehreren Nichtregierungsorganisationen kritisiert wurde.

Das Finanzressort erwartet, dass die Novelle die öffentlichen Finanzen positiv beeinflussen wird. Im nächsten Jahr ist seiner Meinung nach eine Steigerung der Einnahmen des Staatsbudgets um 1,239 Mld. Sk anzunehmen. Aus Sicht öffentlicher Finanzen ist es also eine bedeutungslose Änderung. Signifikant ist diese eher politisch: Die Regierung wird die Erfüllung ihrer Versprechung deklarieren können, wonach die Steuerbelastung von Personen mit überdurchschnittlichen Einkommen erhöht werden soll.

Durch die Steueränderung sind die Interessen ausländischer Investoren keineswegs gefährdet. Die Einkommenssteuer von Rechtspersonen bleibt unberührt, mit 19% ohne Rücksicht auf die Höhe der Steuerbasis. Die vorgeschlagene Änderung der Einkommenssteuer natürlicher Personen bedeutet Folgendes:

- Komplikationen für Gewerbetreibende (mit neuer Motivation, die Steuerbasis zu manipulieren),
- Erhöhung der Steuerbelastung vor allem bei der oberen Mittelschicht (die Reduktion oder Abschaffung des Steuerfreibetrags zeigt sich am meisten in der gesteigerten effektiven Besteuerung von Personen mit Einkommen von 50 – 80 tausend Sk, die Steigerung steuerlicher Belastung bei Personen mit höheren Einkommen ist minimal!),
- erschwerte Lage gemeinnütziger Organisationen,
- ein ernster Riss in der bisherigen Einfachheit und Transparenz der Besteuerungsprinzipien,
- minimaler Beitrag für die öffentlichen Finanzen.

Slowakei bietet beste Unternehmensbedingungen in V4 Gruppe

Im Bericht der Weltbank „Doing Business 2007“ erreichte die Slowakei bei Bewertung des Unternehmensmilieus den 36. Platz unter 175 bewerteten Ländern. Somit hat sie die beste Position innerhalb der Länder der Visegráder Vierergruppe inne (die die Slowakei, Tschechien, Ungarn und Polen bilden). Die Slowakei sank

zwischenjährig um zwei Ränge, direkt vor ihr liegt Frankreich.

Die Tschechische Republik endete auf Platz 52, Ungarn auf 66 und Polen erst an 75. Stelle. Die Position der Slowakei ist daher bedeutend besser. Im Vergleich zum vergangenen Jahr verzeichneten alle Staaten der V4 Gruppe einen Rückfall um einen (Polen) bis sechs Plätze (Ungarn). Bei der Bewertung der Bedingungen für die Geschäftstätigkeit geht die Weltbank aus mehreren Kriterienblocks hervor. Es werden getrennt Bedingungen für die Firmengründung (Geschäftsbeginn), Lizenzwerb, Beschäftigung von Mitarbeitern, Möglichkeit der Kreditaufnahme, Investitionsschutz, Besteuerung, Geschäftsverkehr mit dem Ausland, Erwirken der Vertragserfüllung und Bedingungen bei Beendigung der Unternehmenstätigkeit beurteilt. Das Land mit den besten Bedingungen für das Unternehmen in der Welt wurde Singapur.

Im Jahr 2006 kamen mehrere Auslandsinvestitionen in IT-Dienstleistungen

In diesem Jahr kamen bisher 13 neue Investoren in die Slowakei. Die Investoren, die heuer in die Slowakei kamen, sollten 4390 neue Arbeitsplätze auf direkte Weise schaffen, sekundär sollten weitere 4253 Jobs entstehen. Die meisten Investoren stammen aus dem IT-Dienstleistungssektor, gefolgt von der Automobil- und elektrotechnischen Industrie. Der größte Investor ist der japanische Konzern Sony, der im slowakischen Industriepark in Nitra einen Produktionsbetrieb zur Herstellung von Flachbildschirmen bauen wird. Die Gesellschaft plant fast 2,7 Mld. Sk zu investieren und 3 000 Mitarbeiter einzustellen, 1 500 von ihnen transferiert Sony aber vom Betrieb in Trnava. Ein weiterer Investor ist die spanische Firma Soitron, die in Bratislava direkt 530 neue Arbeitsplätze in IT-Leistungen schafft sowie weitere 530 indirekt. Tabelle 1 zeigt die Übersicht weiterer Investitionen.

Tabelle 1: Liste von Gesellschaften, die heuer in die Slowakei kamen, um zu investieren

Name der Gesellschaft	Ursprungsland	Direkte Arbeitsplätze	Indirekte Arbeitsstellen	Bereich	Standort	Investitionshöhe (falls bekannt) (Sk)
GPI - Groupe Gergonne	Frankreich	15	60	Automobile	Liptovský Mikuláš	-
Kone SSC	Finnland	200	450	IT Leistungen	Bratislava	-
Lenovo	Niederlande	10	340	IT Leistungen	Bratislava	-
Doka Industrie GmbH	Österreich	175	175	Holzverarb.	Banská Bystrica	-
Global Garden Products Italy	Italien	228	228	Maschinenbau	Poprad	-
Vitri Elektro - Metalurgica	Spanien	100	120	Elektro	Veľký Krtíš	-
Scanferla	Italien	20	50	Automobile	Žitavany	-
Leaf International B.V.	Niederlande	500	500	Lebensmittel	Levice	1,2 Mld.
Soitron	Spanien / SR	530	530	IT Leistungen	Bratislava	-
Delta Electronics	Thailand	400	800	High-Tech	Dubnica nad Váhom	-
T - Systems International	Deutschland	512	1 000	IT Leistungen	Košice	111 Mill.
Alcan	Kanada	200	-	Hüttenwesen	Levice	1 mld.
Sony	Japan	1 500	-	Elektro	Nitra	2,7 Mld.

Quelle: Slovenská agentúra pre rozvoj investícií a obchodu, Slowakische Agentur für Investitions- und Handelsentwicklung, (SARIO), Archiv SITA